

Nordost-Indien im Schlaglicht

zusammengestellt von Franziska Linke

Staatsbürgerregister in Assam

Die rechtsgültige Fassung des umstrittenen Staatsbürgerregisters (*National Register of Citizen*, NRC) wurde am 31. August 2019 von der Regierung des Bundesstaates Assams veröffentlicht und umfasst 31,1 Millionen Menschen. Ausgehend von einem Gerichtsbeschluss des indischen Supreme Court 2013 wurde die Aktualisierung des Personenstandsregisters von Beginn an von einer hitzigen Debatte begleitet. Das Erstarken der BJP leistete nationalistischen und religiös motivierten Polemiken Vorschub. Die innergesellschaftlichen Spannungen in Assam verschärfen sich, vor allem zwischen Hindus und Muslimen. Gewaltsame Übergriffe gingen häufig auf das Konto militanter Gruppierungen, die sich zum Zweck der Unabhängigkeit für Assam gegründet hatten.

Das jetzige Register benachteiligt systematisch Frauen, da diese die erforderlichen Dokumente zum Nachweis häufig nicht besitzen. Als Bewertungsgrundlage der Registeraufnahme werden Nachweise verlangt, die die Abstammung einer im ersten NRC eingetragenen Person mit Dokumenten belegen oder beweisen, dass die betroffene Person vor der Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 bereits Bürger/-in im Land war, etwa durch einen Eintrag in Wahllisten. Kinder von Personen, die entsprechende Dokumente nicht vorweisen können, wurden ebenfalls aus dem NRC ausgeschlossen.

Eine Ausweisung nach Bangladesch gilt derzeit als unwahrscheinlich, da Bangladesch diese Menschen nicht als Bürger/-innen anerkennt. Vorstellbar sind allerdings Bestrebungen, sie in Aufnahmelagern oder Gefängnissen unterzubringen. Selbst für den Fall, dass Inhaftierungen oder Ausweisungen ausbleiben und alle 1,9 Millionen eine Arbeitserlaubnis erhalten, ginge mit dem Verlust der Staatsbürgerschaft der Anspruch auf Wahlteilnahme, Landbesitz, Leistungen des staatlichen Gesundheitssystems und staatlicher Bildung verloren.

Unbeschadet der Kritik – insbesondere in Bezug auf die Diskriminierung der muslimischen Bevölke-

rung – erfährt das NRC unionsweit auch breiten Zuspund in der Bevölkerung. Es gibt Bestrebungen, ein solches Register in weiteren Bundesstaaten einzuführen. Vertreter/-innen der *Khasi Student Union* (KSU) aus dem Bundesstaat Meghalaya etwa fordern für ihren Bundesstaat ein solches NRC, um die indigene Bevölkerung davor zu schützen, durch Zuwanderung zur Minderheit zu werden. Die BJP kündigte an, sich für alle Angehörigen des Hinduismus, des Christentums, der Jains, Buddhisten und Sikhs einzusetzen und deren Einbürgerung erleichtern zu wollen (*Citizenship Amendment Bill*) – mit Ausnahme der Muslime.

Stockende Verhandlungen bei Naga Talks

Drei Jahre nach dem vielbeachteten Rahmenabkommen (*Framework Agreement*) zwischen der militanten Gruppe *National Socialist Council of Nagalim-Isaac Muivah* (NSCN-IM), der indischen Bundesregierung und der Landesregierung von Nagaland, sind die Fronten zwischen den Parteien verhärtet. Premierminister Narendra Modi hatte im August auf die Notwendigkeit verwiesen, eine Einigung bis Dezember dieses Jahres zu erzielen. Doch auf Seiten der Naga-Vertreter herrscht Unmut. Sie werfen der indischen Regierung vor, den Verhandlungen nicht genügend Bedeutung beizumessen und fordern eine Neubesetzung des Verhandlungsführers der indischen Regierung. Dieser, RN Ravi, war Anfang August zum Gouverneur von Nagaland ernannt worden. Großer Streitpunkt ist weiterhin der territoriale Zugschnitt von *Nagalim*, der anvisierten autonomen Einheit. Die Forderung der NSCN-IM Vertreter/-innen, die von Nagas bewohnten Gebiete aus umliegenden Bundesstaaten einzuschließen, stößt nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei großen Teilen der Bevölkerung der betroffenen Gebiete auf Ablehnung. Auch hinsichtlich der Frage nach einer eigenen Verfassung und Flagge für die Nagas herrscht Uneinigkeit. Unterdessen kam es in den vergangenen Monaten zu einer Intensivierung der Maßnahmen gegen die NSCN-IM, wofür zahlreiche Festnahmen sowie gewaltsame Auflösungen von NSCN-IM-Camps stehen. Aber auch von Seiten des NSCN-IM lässt sich im Vergleich zu den letzten drei Jahren eine Zunahme an gewaltsamen Übergriffen konstatieren.